

Niederschrift HFA/036/2020

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 03.03.2020

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Peter Lüttmann

Bürgermeister

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied - ab 17:30 Uhr (TOP 6)
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Fabian Lenz	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Vertretung für Herrn Detlef Brunsch

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Milena Schauer	Beigeordnete
Frau Julia Seebeck	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine.

Öffentlicher Teil:

6. Niederschrift Nr. 35 über die öffentliche Sitzung am 17.12.2019

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

7. Informationen der Verwaltung

7.1. Antrag der CDU-Fraktion - Änderung Bebauungsplan "Johanneskirche"

Herr Dr. Lüttmann informiert über den Antrag und teilt mit, dass der Antrag sowie der Verfahrensvorschlag im Ratsinformationssystem eingestellt wurden.

7.2. Antrag der Fraktionen CDU und B90/DIE GRÜNEN - Hundewiese

Herr Dr. Lüttmann informiert über den Antrag und teilt mit, dass der Antrag sowie der Verfahrensvorschlag im Ratsinformationssystem eingestellt wurden.

7.3. Antrag der Fraktionen CDU und B90/DIE GRÜNEN - Tempo-30-Zonen an Altenwohnanlagen

Herr Dr. Lüttmann informiert über den Antrag und teilt mit, dass der Antrag sowie der Verfahrensvorschlag im Ratsinformationssystem eingestellt wurden.

7.4. Antrag der SDP-Fraktion - Benennung Vorplatz Falkenhof

Herr Dr. Lüttmann informiert über den Antrag und teilt mit, dass der Antrag sowie der Verfahrensvorschlag im Ratsinformationssystem eingestellt wurden.

7.5. Antrag UWG-Fraktion - Tempo-30-Zone

Herr Dr. Lüttmann informiert über den Antrag und teilt mit, dass der Antrag sowie der Verfahrensvorschlag im Ratsinformationssystem eingestellt wurden.

Herr Ortel weist darauf hin, dass der Antrag der UWG-Fraktion überarbeitet werde und in überarbeiteter Form zeitnah eingebracht werde. Herr Ortel bittet darum, diesen Antrag zurückzuhalten und den neuen Antrag an den Beirat Verkehr weiterzuleiten.

7.6. Stellungnahme FB Grün und Straßen NRW zur Anfrage von Herrn Mau aus der letzten HFA-Sitzung

Herr Dr. Lüttmann verweist auf die Stellungnahme des Fachbereichs Grün sowie ein Antwortschreiben von Straßen.NRW zur Anfrage von Herrn Mau aus der HFA-Sitzung vom 17.12.2019 zur Baumfällung am Friedhof Königsesch.

7.7. Antrag der Fraktionen CDU und B90/DIE GRÜNEN - Wiederinbetriebnahme des Haltepunktes Rodde

Herr Dr. Lüttmann verweist auf den als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten tagesaktuellen Antrag der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Wiederinbetriebnahme des Haltepunktes Rodde“. Herr Dr. Lüttmann informiert, dass es zu dem Thema bereits Gespräche gegeben habe. Sobald es konkretere Informationen gebe, werde er darüber informieren. Aktuell könne man sagen, dass eine Wiederinbetriebnahme in Kürze nicht realistisch sei.

7.8. Antrag der SPD-Fraktion - Richtlinien /Konzept für die Benennung von Straßen und Plätzen in der Stadt Rheine

Herr Dr. Lüttmann verweist auf den als Anlage 2 der Niederschrift beigefügten tagesaktuellen Antrag der SPD-Fraktion „Richtlinie/Konzept für die Benennung von Straßen und Plätzen in der Stadt Rheine“.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, eine Vorlage für den Kulturausschuss am 3. Juni 2020 und für den Rat am 23. Juni 2020 vorzubereiten.

Herr Weßling teilt mit, dass das Konzept in der Kulturausschusssitzung am 17. März 2020 beraten werden solle, sofern das noch möglich sei. Sollte es nicht mehr möglich sein, würde die SPD-Fraktion eine Beratung in der kommenden Ratssitzung am 31. März 2020 beantragen.

Herr Dr. Lüttmann macht deutlich, dass man das Konzept aus anderen Städten kenne. Der Verwaltung wäre wichtig, dass darüber hinaus Standards erarbeitet werden, in welchen Fällen überhaupt Straßen und Plätze nach Personen benannt werden. Sollte nur am 31. März im Rat darüber diskutiert werden, gebe es keine Vorberatung im federführenden Kulturausschuss.

Herr Bonk merkt an, dass er eine Beratung und Beschlussfassung im Rat, ohne Beteiligung des Kulturausschusses grundsätzlich ablehne.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag auf die Tagesordnung des nächsten Kulturausschusses zu setzen und ihn dort in einer ersten Lesung vorzubereiten. Wenn das Konzept rechtlich unbedenklich sei, würde man dann im Rat darüber entscheiden.

Sollte man feststellen, dass es doch umfangreicher sei, würde erst in der folgenden Kulturausschusssitzung darüber beraten werden.

Herr Weßling bezieht sich auf die Anträge der Fraktionen CDU und B90/DIE GRÜNEN zum Thema „Hundewiese“ und zur „Tempo-30-Zone“ und weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion in der Vergangenheit bereits Anträge zu diesen Themen gestellt habe.

7.9. Sachstand zum integrierten, strategischen Planungsprozess

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass der Online Dialog „UnserRheine2030“ im Zeitraum vom 23.11.2019 bis zum 18.01.2020 stattgefunden habe. Es gab knapp 11.000 Seitenansichten, 75 % als einmalige Seitenansichten und 2304 Besuche des Online-Dialogs. Mehr als 60 % als direkte Zugriffe, ansonsten über Websites, Netzwerke und Suchmaschinen. Stärkste Besuchertage waren der 19.12.2019 (290 Besuche), 17.12.2019 (140 Besuche) und der 25.11.2019 (105 Besuche). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 4 Minuten 19s. Es wurden 320 Downloads getätigt. Inhaltlich waren insgesamt 126 Ideen, 106 Kommentare und 1117 Stimmen eingestellt bzw. abgegeben worden. Diese sind folgendermaßen aufgeteilt:

- Mobilität: 49 Ideen, 55 Kommentare und 529 Stimmen
- Wohnen: 31 Ideen, 22 Kommentare und 208 Stimmen
- Freizeit-Kultur-Sport: 26 Ideen, 16 Kommentare und 234 Stimmen
- Bildung: 12 Ideen, 8 Kommentare und 82 Stimmen
- Arbeit und Wirtschaft: 8 Ideen, 5 Kommentare und 64 Stimmen

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass alle eingegangenen Informationen und Anregungen im Prozess durch die jeweiligen Dezernate aufbereitet werden. Dazu werden die Ergebnisse aus der Auftaktveranstaltung, die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen, die Ideen und Anregungen aus dem Online-Dialog, weitere vorliegende Anregungen und die Zielsetzung des bestehenden IEHK genutzt. Es wird eine moderierte Veranstaltung als Ergebnisdialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unter dem Motto „Was wir aus Ihren Anregungen und Ideen auf der strategischen Ebene glauben verstanden zu haben!“ vorbereitet. Diese wird am 5. Mai 2020, 18:00 Uhr bis 21:00 Uhr in der Stadthalle stattfinden. Eingeladen werden die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung, die Mitglieder der Ags, die Mitwirkenden am Online-Dialog und alle sonstigen Aktiven und Interessierten aus Rheine. Eine Online-Anmeldung ist dazu erforderlich und werde aktuell auf der Internetseite der Stadt Rheine freigeschaltet.

7.10. Terminhinweis: Informationsveranstaltung zur weiteren Nutzung der Maßregelvollzugsanstalt Rheine

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass am 10. März 2020 um 19:00 Uhr in der Stadthalle eine Informationsveranstaltung des Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug zum Thema „Weitere Nutzung der Maßregelvollzugseinrichtung in Rheine“ stattfinde. Der Einlass sei ab 18:30 Uhr.

8. Einwohnerfragestunde

8.1. Hundewiese

Bürger 1 bittet um Mitteilung darüber, ob die Realisierung einer Hundewiese, im Sinne des Antrages der Fraktionen CDU und B90/DIE GRÜNEN in Bentlage auf den Flurstücken 77, 78, 128, 427 und 470 sowie teilweise auf den Flurstücken 127, 149, 155 und 473 (Bebauungsplan Nr. 338), auch bekannt als die Planungsfläche für ein Wellnesshotel, rechtlich zulässig wäre.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass er eine schriftliche Antwort bekommen werde.

8.2. Einteilung Wahlbezirke

Bürger 1 fragt, ob die Frist zur Einteilung der Wahlbezirke auch nach dem Urteil des Verfassungsgerichts des Landes NRW eine Ausschlussfrist sei, die bereits am 29. Februar 2020 endete.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass er eine schriftliche Antwort bekommen werde.

8.3. Haushaltssatzung

Bürger 1 teilt mit, dass er bei der öffentlich zugänglichen Vorlage 024/19 die Anlage mit den Einwendungen der Einwohner, die zur Beschlussfassung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Rheine für das Jahr 2019 eingereicht wurden, nicht einsehen konnte. Er bittet daher um Übersendung der entsprechenden Anlage.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass er eine schriftliche Antwort bekommen werde.

9. Neufassung des Vertrages mit der Verbraucherzentrale NRW Vorlage: 077/20

Herr Lunkwitz fragt, ob die Notausstiegsklausel auch im Nothaushalt vorgesehen sei oder nur, wenn die Finanzierung durch das Land ausbleibe.

Herr Krümpel teilt mit, dass wenn die Finanzierung des Landes kippen würde, die Klausel greifen würde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. (nachfolgend: VZ) für ihre Beratungsstelle in Rheine im Zeitraum von 2021 bis einschließlich 2025 mit einem maximalen Gesamtzuschuss von 418.122 EUR zu fördern.
2. Die Verwaltung wird angewiesen, mit der VZ einen entsprechenden Zuwendungsvertrag abzuschließen bzw. den vorhandenen zu den unter 1. genannten Konditionen zu verlängern.
3. Zur Herstellung klarer Kostentransparenz legt die VZ bis zum 30. April eines jeden Folgejahres einen detaillierten Verwendungsnachweis vor, der die Abrechnung von Kosten und

Einnahmen sowie einen Betriebsabrechnungsbogen des jeweiligen Jahres mit den Einzelpositionen gemäß der vorgelegten Kostenkalkulation für die Beratungsstelle enthält.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Grundsätze zur Ausgestaltung von Pachtverträgen mit Sportvereinen
Vorlage: 044/20

Herr Mau bezieht sich auf den Punkt 3 „Gewerbliche Nutzung“ und befürwortet den Verzicht der Pachthöhe von 10 % für Photovoltaikanlagen. Dies sei ein richtiger Schritt für den Umweltschutz.

Herr Mau bittet darum, dass die Vereine über diese Maßnahme informiert werden und das es darüber hinaus Förderungen für andere Vereine gebe, die ebenfalls Photovoltaikanlagen auf ihren Gebäuden errichten, soweit es wirtschaftlich sinnvoll sei.

Beschluss:

Der Sportausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Pachtverträge (Änderungs- und Neuverträge) – außer Verträge zu städtischen Flächen im Wege der Erbpacht – sind mit den Sportvereinen in Rheine zukünftig nach den in der Vorlage aufgeführten Grundsätzen (Ziffern 1 – 8) auszugestalten.
2. Der Abschluss von einzelnen Pachtverträgen mit Sportvereinen bedarf, soweit der Rahmen der in der Vorlage aufgeführten Grundsätze eingehalten ist, zukünftig keiner Beschlussfassung im Fachausschuss. Die korrespondierende Regelung in der Zuständigkeitsordnung für Rat und Ausschüsse bleibt davon unberührt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Grundstückspreise und Vergabekriterien für die städt. Baugrundstücke im Baugebiet „Bergstraße/Sandkampstraße“
Vorlage: 086/20

Herr Krümpel teilt mit, dass er gestern aus der Fraktionsvorsitzendenbesprechung mitgenommen habe, dass bei dem Vergabekriterium 2b nur ausschließlich auf Ehepaare oder gleichgestellte Paare mit 5 Punkten Rücksicht genommen werden solle und das der Teil „bis zum Ablauf des 5 Kalenderjahres nach dem Jahr der Eheschließung, bei dem keiner der Ehegatten das 40. Lebensjahr vollendet hat“ wegfallen solle.

Herr Roscher macht deutlich, dass nur der Teil „bis zum Ablauf des 5. Kalenderjahres nach dem Jahr der Eheschließung“ gestrichen werden solle. Der Teil des Beschlussvorschlages „bei dem keiner der Ehegatten das 40. Lebensjahr vollendet hat“ bleibe bestehen.

Herr Ortel fragt, ob der Wegfall dieser 5-Jahresbefristung in Bezug auf den § 29 Nr. 7 WFNG NRW, auf den in der Vorlage verwiesen werde, rechtlich in Ordnung sei.

Herr Krümpel teilt mit, dass er davon ausgehe. Wenn das nicht so sein sollte, könne man das zur Ratssitzung noch ändern.

Herr Mau merkt an, dass die Gebäude, die gebaut werden mindestens der ersten Förderstufe der KfW entsprechen müssen. Die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN beantragt, dass es Zusatzpunkte gebe, wenn Gebäude in höheren Förderstufen gebaut werden würden.

Frau Schauer macht deutlich, dass man bedenken müsse, dass die Bauherren zu dem Zeitpunkt in der Regel noch keine Planung haben. Sie seien sich dann noch nicht darüber bewusst, was das für Kosten auslösen würde, ihr Haus nach KfW 40 zu bauen. Es könne sein, dass der eine oder andere hinterher die Finanzierung nicht genehmigt bekomme und das Grundstück wieder zurückgeben müsse.

Herr Ortel gibt zu bedenken, dass dadurch eventuell Doppelverdiener ohne Kinder mehr Punkte bekommen würden als eine Familie mit 2 Kindern.

Herr Lunkwitz bezieht sich auf die Vergabekriterien und fragt an, ob in allen Baugebieten die gleichen Kriterien angewendet werden müssen. Er fragt an, ob es nicht sinnvoll sei, in den Baugebieten eine ausgewogene Wohnstruktur zu haben. Fraglich sei, ob nicht so eine unangemessene Benachteiligung oder Diskriminierung für die Grundstücksbewerber vorliege. Herr Lunkwitz fragt, ob es mit den Kriterien bei den Grundstücken der Eschendorfer Aue bisher irgendwelche Einwände von Bauherren oder Anwohnern gegeben habe.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass die Kriterien, die für die Eschendorfer Aue festgelegt wurden grundsätzlich nicht unveränderlich seien, allerdings haben sich die Kriterien bewährt. Der Überprüfungsaufwand für die Zukunft müsse sich in Grenzen halten.

Herr Krümpel informiert, dass die Interessierten insgesamt mit den Vergabekriterien zufrieden gewesen seien und teilt auf Nachfrage von Herrn Lunkwitz mit, dass die hier aufgestellten Kriterien rechtlich nicht angreifbar seien.

Herr Hachmann merkt an, dass der Hinweis im Beschluss auf § 29 Nr. 7 WFNG NRW weggelassen werden sollte, wenn die 5 Jahre rausgenommen werden. Herr Hachmann fragt, wie viele Punkte für einen erweiterten Standard vergeben werden sollten. Das Risiko, welches Frau Schauer angesprochen habe, sei in Punkt 3 des Beschlussvorschlages ohnehin schon gegeben. Für die erste Förderstufe müssen die Bauherren bereits rechnen, ob sie sich das leisten können. Man dürfe die Punkte natürlich nicht zu hoch ansetzen, damit Familien mit Kindern nicht weniger Punkte bekommen.

Herr Ortel macht deutlich, dass sich der Rat unterschiedliche Ziele gesetzt habe. In diesem Fall gebe es einen klassischen Zielkonflikt. Klimaschutz sei ein Ziel, aber es sei auch ein Ziel, jungen Familien das Bauen von Wohneigentum zu ermöglichen.

Herr Roscher merkt an, dass es einen Konflikt zwischen sozialen Anforderungen und klimatechnischen Anforderungen gebe. Wenn das Klima vernachlässigt würde, sei dies auch sozialschädigend. Bauherren sollten mehr für den Klimaschutz tun, wenn sie es sich leisten können. Vielleicht sei es eine Lösung, dass man im Konfliktfall demjenigen den Zuschlag gewähre, der höherwertig baue und dies nicht im Rahmen einer Punktevergabe mache.

Herr Mau teilt mit, dass es beim Bauen in höherer Förderstufe vielleicht einen Punkt weniger gebe, als für ein Kind, damit die Familien mit Kindern nicht benachteiligt werden.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, die Vorlage in den Rat zu schieben, damit die Thematik in Ruhe vorbereitet werden könne.

Frau Floyd-Wenke macht deutlich, dass so eine schwerwiegende Änderung bei der Bepunktung wegen weiterem Beratungsbedarf verschoben werden sollte.

Herr Brauer weist noch einmal darauf hin, dass zu einem Zeitpunkt die Bewertungskriterien angewendet werden, um ein Grundstück zu verkaufen, zu dem viele Bewerber noch keinen Plan für ihr Haus haben. Viele, vor allem jüngere Menschen werden noch nicht mit einem fertigen Bauplan einen Antrag stellen, um ein Grundstück zu bekommen. Die Aussicht, ein Grundstück zu bekommen, veranlasse sie erst einen Architekten zu beauftragen, der Geld koste.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass fraglich sei, was passiere wenn die Ankündigung des Bauherren, in hoher Förderstufe zu bauen, nicht eingehalten werde.

Herr Krümpel ergänzt, dass die Familien dann Geld in die Hand genommen, eine Planung gemacht haben und nachher kein Grundstück bekommen.

Herr Kaisal entgegnet, dass das Risiko immer bestehe. Es sei völlig egal, ob das Haus 200.000 € oder 220.000 € koste.

Frau Schauer informiert, dass sich das Erneuerbare-Energien-Gesetz in einer Novellierung befinde. Es sei zu erwarten, dass sich im Laufe des Jahres die Bestimmungen verschärfen.

Herr Hachmann fragt an, ob es rechtlich möglich sei, dass bei der Punktevergabe bei den Baugrundstücken in Elte Elteraner bevorzugt werden können.

Herr Krümpel antwortet, dass das schwierig umzusetzen sei. Es müsse mit dem EU-Recht, der Niederlassungsfreiheit und dem Diskriminierungsverbot konform sein. Sollte das gewünscht sein, könne man im März noch keinen Beschluss fassen.

Herr Krümpel informiert auf Nachfrage von Herrn Wilp, dass es für die Baugrundstücke an der Sandkampstraße 270 Bewerber gebe.

Frau Overesch sichert zu, dass es in Elte nicht um Ausgrenzung irgendwelcher Menschen gehe. Man habe ein hervorragendes Management von Integration und Willkommensheißung von Neubürgern. Es gehe in diesem Zusammenhang darum die dörflichen Strukturen zu stärken, weil es ganz viele Elteraner gebe, die wegziehen mussten und die großes Interesse daran haben nach Elte zurückzukehren.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, für die Tagesordnungspunkte 11, 12 und 13 eine Ergänzungsvorlage vorzubereiten und dabei die Vergabekriterien noch einmal zu überprüfen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Verfahren einverstanden.

**12. Grundstückspreise und Vergabekriterien für die städt. Baugrundstücke in Elte im Baugebiet „Kolon-Eggert-Straße/Laugärten“
Vorlage: 084/20**

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, für die Tagesordnungspunkte 11, 12 und 13 eine Ergänzungsvorlage vorzubereiten und dabei die Vergabekriterien, inklusive des Einheimischenmodells, noch einmal zu überprüfen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Verfahren einverstanden.

**13. Grundstückspreise und Vergabekriterien für die städtischen Baugrundstücke in Rodde im Baugebiet „Im Lied Süd – Teil B“
Vorlage: 085/20**

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, für die Tagesordnungspunkte 11, 12 und 13 eine Ergänzungsvorlage vorzubereiten und dabei die Vergabekriterien, inklusive des Einheimischenmodells, noch einmal zu überprüfen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Verfahren einverstanden.

14. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

Es liegen keine Eingaben vor.

15. Anfragen und Anregungen

Anfragen und Anregungen werden nicht vorgebracht.

Ende der Sitzung: 18:22 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Julia Seebeck
Schriftführerin